

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Reinhold Perlak SPD**
vom 21.03.2012

„Lebensministerium vor Ort“ am 27.01.2012

Lediglich durch die Anfrage eines Journalisten erhielt ich Kenntnis von einem Termin mit Staatsminister Dr. Marcel Huber am 27. Januar 2012, 12:00 Uhr im Landratsamt Straubing-Bogen, zu dem offizielle Einladungen verschickt wurden. Eine Recherche des Journalisten hatte ergeben, dass ich offensichtlich „dabei übersehen“ worden bin. Der Stimmkreis-Kollege MdL Josef Zellmeier – so der Journalist – hatte sehr wohl zu dem Gespräch des Ministers mit den Abteilungsleitern, den Bürgermeistern und den Kreisräten eine Einladung erhalten.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine Schriftliche Anfrage vom 21.03.2011 („Alle Abgeordnete“ sind nicht immer alle Abgeordnete) in ähnlicher Sache.

Ich frage die Staatsregierung

1. Wer hat wann zu diesem Gespräch eingeladen und warum habe ich als Abgeordneter für den Stimmkreis Straubing-Bogen zu diesem Gespräch weder Einladung noch Kenntnis erhalten?
2. Wer war an diesem Gespräch letztendlich beteiligt und welches Ergebnis wurde erzielt?

Antwort

des **Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit**
vom 02.04.2012

Zu 1.:

Die Einladung zu dem Gespräch erfolgte durch das Landratsamt Straubing-Bogen. Herr Abgeordneter Reinhold Perlak wurde nach Informationen des Landratsamtes Straubing-Bogen zu der Veranstaltung eingeladen.

Zu 2.:

Vordringliches Ziel der Veranstaltungsreihe „Lebensministerium vor Ort“ ist es, den Dialog und den Erfahrungsaustausch zwischen den Behörden zu fördern. Daher haben neben Staatsminister Dr. Marcel Huber, Regierungspräsident Heinz Grunwald und Landrat Alfred Reisinger insbesondere Vertreter des Landratsamtes Straubing-Bogen und des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit sowie Vertreter des Kreistages, Bürgermeister des Landkreises und Abgeordnete teilgenommen.

Die Gesprächsthemen sowie die Gesprächsergebnisse können beiliegender 10-Punkte-Agenda entnommen werden. Die Agenda wurde zwischen dem Landkreis Straubing-Bogen und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit vereinbart, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt und Gesundheit zu verstärken.

Anlage

10-Punkte-Agenda des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und des Landkreises Straubing-Bogen

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und der Landkreis Straubing-Bogen wollen die Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt und Gesundheit verstärken.

1. Schaffung eines lückenlosen Hochwasserschutzes an der Donau

Die Menschen an der Donau waren in der Vergangenheit wiederholt von großen Hochwasserereignissen betroffen. Seit 1998 haben der Freistaat Bayern und der Bund 90,6 Millionen Euro in den Hochwasserschutz an der Donau in der Stadt Straubing und im Landkreis Straubing-Bogen investiert. Dadurch konnte diese Gefahrenlage bereits deutlich gemindert werden.

Bei einigen Ortschaften und Siedlungen unterhalb der Staustufe Straubing sind die vorhandenen Deiche nicht ausreichend auf ein 100-jährliches Hochwasser ausgelegt. Das letzte Donauhochwasser im Januar 2011 hat den entsprechenden Handlungsbedarf erneut ins Gedächtnis gerufen.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, der Landkreis Straubing-Bogen und die betroffenen Kommunen setzen sich unabhängig von der Entscheidung über den weiteren Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen für einen unverzüglichen Weiterbau des Hochwasserschutzes an der Donau ein. Angesichts vorgesehener Deichrückverlegungen wird hier neben dem wasserwirtschaftlichen auch ein ökologischer Vorteil entstehen.

2. Energiewende

Die Bayerische Staatsregierung hat am 24.05.2011 das bayerische Energiekonzept „Energie innovativ“ beschlossen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch soll danach in 10 Jahren bayernweit auf rund 50 Prozent verdoppelt werden. Bayern und auch der Landkreis Straubing-Bogen wollen bei der Energieversorgung möglichst unabhängig von Stromimporten sein. Bei der stofflichen und energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen

sind Bayern und insbesondere der Landkreis Straubing-Bogen führend. Der Landkreis Straubing-Bogen kann bereits jetzt mit erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, Biomasseanlagen sowie Wasserkraftwerken einen Anteil von 42 Prozent des Stromverbrauches abdecken.

Im Landkreis Straubing-Bogen werden derzeit große Anstrengungen unternommen, um einen Beitrag zu einem umwelt- und gesellschaftsverträglichen Ausbau der Windkraft zu leisten. So hat sich ein Großteil der Gemeinden unter der Federführung des Landratsamtes für eine interkommunale Flächennutzungsplanung mit dem Ziel, geeignete Konzentrationszonen für die Windkraftnutzung auszuweisen, entschieden. Darüber hinaus plant der Landkreis Straubing-Bogen die Erarbeitung eines Energienutzungsplanes, um die noch vorhandenen Potenziale für Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen zu ermitteln und zur Energiegewinnung zu nutzen. Außerdem ist der Landkreis Straubing-Bogen als einer von sechs Landkreisen Teil der Modellregion „E-WALD“ zur Erprobung der Elektromobilität im ländlichen Raum.

Die Energiewende soll zu einem gemeinsamen Erfolg werden. Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit tritt gemeinsam mit dem Landkreis Straubing-Bogen entschieden für die konkrete Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Energiewende in der Region ein. Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wird die Bemühungen des Landkreises Straubing-Bogen bei der Erstellung kommunaler Energienutzungspläne und interkommunaler Teilflächenutzungspläne zur Steuerung von Windkraftanlagen im bestmöglichen Umfang unterstützen.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit setzt sich für die Aufnahme der Vergütung von Strom aus PV-Anlagen auf Ackerflächen in das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein. Binnenland-Windkraftanlagen müssen auch in Zukunft ausreichend gefördert werden, damit der Ausbau der Windenergie in Bayern gesichert ist.

3. Klimaschutz

Neben den Zielen der Energiewende hält das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit an den ehrgeizigen Zielen für Klimaschutz und CO₂-Reduzierung fest. Energieeinsparung ist daher ein zentraler Baustein von Energiewende und Klimaschutz. Im Rahmen der Bioenergieregion Straubing-Bogen wurde für die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung im Bereich von Energieeinsparpotenzialen eine gute Arbeit geleistet. Nun gilt es, die erkannten Einsparpotenziale auch tatsächlich zu nutzen.

Den Landkreisgemeinden soll es erleichtert werden, erneuerbare Energie beispielsweise durch gemeindeeigene Photovoltaikanlagen zu produzieren. Durch eine Förderung der energetischen Sanierung der kommunalen Einrichtungen wird der Energieverbrauch auch aktiv verringert und damit ein Vorbild für die Bürger gegeben.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit fördert im CO₂-Minderungsprogramm planerische Leistungen und innovative Pilotprojekte zur energetischen Optimierung von

kommunalen Liegenschaften. Auch den Privaten soll die Umsetzung der Energieeinsparungsmaßnahmen sowohl durch finanzielle Förderungen als auch durch Steuervergünstigungen erleichtert werden. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit setzt sich bei der Bundesregierung für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der bestehenden Förderprogramme zur energetischen Sanierung von Gebäuden sowie für eine steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden ein.

4. Ärztliche Versorgung im Landkreis Straubing-Bogen sichern

Im Planungsbereich Lkr. Straubing-Bogen / Stadt Straubing wird in den nächsten 10 Jahren ein erheblicher Teil der Ärzte in den Ruhestand treten. Insbesondere die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum wird davon betroffen sein.

Um junge Medizinstudenten schon frühzeitig für eine Tätigkeit auf dem Lande zu begeistern, haben die Kliniken des Landkreises Straubing-Bogen ein Stipendium für Klinikstudenten aufgelegt, mit der Maßgabe, dass diese nach ihrer Approbation zum Arzt mehrere Jahre in den Kreiskliniken arbeiten. Parallel dazu ist anzustreben, dass Medizinstudenten einige Ausbildungsschritte wie etwa das praktische Jahr in den Kliniken des Landkreises erbringen können. Ergänzend dazu wird derzeit ein Weiterbildungsverbund für Allgemeinmedizin aufgebaut.

Der Landkreis Straubing-Bogen und das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit begrüßen eine möglichst flächendeckende Einführung von Lehrstühlen für Allgemeinmedizin. Von Studienbeginn an sollen Medizinstudenten an den anspruchsvollen Beruf des Hausarztes herangeführt werden. Dies kann dazu beitragen, dass künftig mehr Studierende das Fach Allgemeinmedizin auch für ihre spätere ärztliche Weiterbildung (Hausarzt) wählen werden.

Bei den fachärztlichen Betreuungen soll einer Konzentration in den Städten und einer Ausdünnung im ländlichen Raum entgegengewirkt werden. Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz wird die ärztliche Bedarfsplanung flexibler gestaltet. Die Bundesebene hat die Aufgabe erhalten, den Zuschnitt der Planungsbereiche zu überarbeiten. Erstmals kann von Vorgaben des Bundes abgewichen werden. Davon profitieren vor allem die Menschen im ländlichen Raum.

Der Landkreis Straubing-Bogen und das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit werden gemeinsam und mit Nachdruck darauf hinarbeiten, junge Mediziner in der Region zu binden und zudem die Rahmenbedingungen für die Hausärzte so zu verändern, dass eine Betätigung im ländlichen Raum weiter attraktiv bleibt.

5. Krankenhausstrukturen in Bayern aufrechterhalten

Die wohnortnahe Krankenhausversorgung der Bürger der Region Straubing-Bogen ist derzeit realisiert. Die Kreiskliniken Bogen-Mallersdorf erbringen – wie alle übrigen Träger – eine hoch qualifizierte Leistung zugunsten der Menschen unter betriebswirtschaftlichen Bedingungen. Um diese Struktu-

ren aufrechterhalten zu können, ist es erforderlich, dass die Leistungserbringer für die erbrachte Arbeit gerecht honoriert werden und insbesondere die Kostensteigerungen durch Erhöhung des Landesbasisfallwertes vollständig aufgefangen werden. Aufgrund der jahrelangen Beschränkungen ist jetzt ein Stadium erreicht, in dem Kostensteigerungen kaum mehr durch Betriebsrationalisierungen kompensiert werden können.

Der Landkreis Straubing-Bogen sowie das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit werden sich beim dafür zuständigen Bundesgesetzgeber mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich künftig die Steigerungen des Landesbasisfallwertes stärker an der tatsächlichen Preissteigerung orientieren.

6. Beibehaltung der ortsnahen Wasserversorgung

Sowohl nach dem Bayerischen Wassergesetz als auch nach dem Landesentwicklungsprogramm (LEP) Bayern soll eine ortsnahe Wasserversorgung angestrebt werden. In den letzten Jahrzehnten wurden im Landkreis Straubing-Bogen große Anstrengungen unternommen, um die zahlreichen genutzten Wasserfassungen so zu schützen, dass die Wasserqualität dauerhaft gesichert ist. Im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels ist die Sicherung der dauerhaft nutzbaren örtlichen Wasserressourcen und ihrer Beschaffenheit besonders wichtig. Die Versorgungssicherheit bei den öffentlichen Wasserversorgungsanlagen muss zusätzlich auch hinsichtlich der Menge und zuverlässigen Verfügbarkeit der Wasserressourcen auf den Prüfstand gestellt werden.

Das Bayerische Klima-Anpassungsprogramm sieht hierzu vor, die Situation bei den einzelnen Anlagen zu erheben, die Bedarfsdeckung zu bilanzieren und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Bei Bedarf ist ein örtlicher oder regionaler Verbund für eine redundante Möglichkeit der Wassereinspeisung – ein „zweites Standbein“ – anzustreben.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit unterstützt die Gemeinden des Landkreises Straubing-Bogen bei der Aufrechterhaltung der ortsnahen Wasserversorgungen durch das laufende Projekt der „Erhebung und Bewertung von Wasserversorgungsanlagen“ und die nachfolgende Wasserbilanz. Es empfiehlt, notwendige Verbesserungen der Versorgungssicherheit anzustreben. Einer Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung wird mit allen Mitteln entgegengewirkt.

7. Naturschutz und Landschaftspflege

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat Auswirkungen auf den Naturhaushalt, das Landschaftsbild und den Erholungswert der Landschaft. Besonders davon betroffen ist der nördliche Teil des Landkreises Straubing-Bogen mit dem Bayerischen Wald. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm und die Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien leisten einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität und für den Erhalt der charakteristischen Kulturlandschaft. Sie bieten die Grundlage für eine kooperative Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und stellen eine wichtige Säule der Naturschutzarbeit im Landkreis dar. Die Fortführung dieser Förderprogramme mit einer den bestehenden Bedürfnissen an-

gepassten Mittelausstattung ist ein vorrangiges Anliegen des Naturschutzes.

Der Landkreis Straubing-Bogen und das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit bekennen sich zu dem Ziel, diese Förderinstrumente weiterhin funktionsfähig aufrechtzuerhalten.

8. Dauerhafter Erhalt der Landschaftspflegeverbände

Durch die Umstrukturierung in der Landwirtschaft fallen viele schlecht bewirtschaftbare Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung heraus. Dies betrifft sehr häufig Flächen mit besonderen Artenvorkommen und hohem ökologischen Wert. Die Erhaltung und Verbesserung dieser Lebensräume ist ein vorrangiges naturschutzfachliches Ziel. Außerdem dienen diese Maßnahmen in vielen Fällen auch der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie; sie erreichen damit Synergien mit den Zielen des europäischen Netzwerks Natura 2000 und sind integraler Bestandteil der bayerischen Biodiversitätsstrategie. Hierfür ist der Einsatz von Fördermitteln gemäß der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien sowie der Richtlinien über Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen (RZWAs) unabdingbar. Die Organisation, Betreuung und Abrechnung dieser Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen erfolgt im Landkreis Straubing-Bogen über den Landschaftspflegeverband Straubing-Bogen e. V., der damit direkt von diesen Fördermöglichkeiten abhängig ist. Er stellt damit eine wichtige und unverzichtbare Institution in der Naturschutzarbeit und bei der Verbesserung der Strukturen kleiner Gewässer dar. Durch die Verbandsstruktur sind die Kommunen, die Umweltverbände und der Bayerische Bauernverband an verantwortlicher Stelle eingebunden. Dadurch wird auch ein Beitrag zur Erhöhung der Akzeptanz des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Gewässerschutzes in der Gesellschaft geleistet. Die Erhaltung des Verbandes ist deshalb ein wichtiges naturschutzfachliches und wasserwirtschaftliches Anliegen. Grundlage dafür ist eine ausreichende Mittelbereitstellung der Kommunen sowie eine ausreichende Mittelausstattung der einschlägigen Förderprogramme durch den Freistaat Bayern.

Der Landkreis Straubing-Bogen und das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit verfolgen gemeinsam das Ziel, die Landschaftspflegeverbände dauerhaft zu erhalten.

9. Keine überzogene Prüfpflicht hinsichtlich der Heizöltanks

Der Referentenentwurf der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 24.11.2010 sieht in § 26 eine erhebliche Ausweitung der Prüfpflicht im Bereich der oberirdischen Lagerung flüssiger oder gasförmiger Stoffe bzw. bei den Heizölverbraucheranlagen vor. Hintergrund ist die zu erwartende hohe Mängelquote insbesondere älterer Anlagen. In Bayern wurden z. B. in einer auf einen Landtagsbeschluss zurückgehenden, einmaligen Prüfkampagne in Überschwemmungsgebieten bei der Hälfte von ca. 15.000 Anlagen erhebliche oder gefährliche technische Mängel festgestellt. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass die im Landkreis Straubing-Bogen gemeldeten Unfälle in den wenigsten Fällen (lediglich drei Fälle in den vergan-

genen 15 Jahren) von der Lagerung an sich ausgingen. Somit erscheint die flächendeckende Ausweitung der Prüfpflicht auf Bereiche außerhalb der Überschwemmungsgebiete und damit auf 30.000 Heizöltanks alleine im Landkreis Straubing-Bogen im Vergleich zum Gefährdungspotenzial nicht verhältnismäßig.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit setzt sich dafür ein, dass dieser Passus aus dem Verordnungsentwurf gestrichen und ein dadurch verursachter unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand verhindert wird. Für Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten und Schutzgebieten soll die bereits derzeit in Bayern geltende besondere Prüfpflicht aber beibehalten werden. Hält das Bundesumweltministerium dennoch an der Ausweitung der Prüfpflichten fest, so wird sich das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit jedenfalls hilfsweise für eine sinnvolle Staffe-lungsregelung in Abhängigkeit des Alters der Anlagen einsetzen, um den Verwaltungsvollzug entsprechend zu entzerren.

10. Aufrechterhaltung der kommunalen Abfallwirtschaft
Sorgen bereitet dem Landkreis Straubing-Bogen als Mitglied im Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land (ZAW-SR) das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Kreislaufwirtschaftsrechts. Durch diese Gesetzesänderungen dürfen nicht die Weichen für eine Bevorzugung der privaten Abfallwirtschaft gestellt werden, sondern es muss die Aufrechterhaltung der kommunalen Ab-

fallentsorgung gesichert werden.

Der ZAW-SR hat ein dichtes Netz an Wertstoffhöfen (38 Wertstoffhöfe für 37 Landkreismunicipalitäten, zwei Wertstoffhöfe sowie ein Entsorgungszentrum in der Stadt Straubing) geschaffen. Diese Struktur wurde von den Bürgerinnen und Bürgern über die laufenden Abfallgebühren finanziert. Wenn private Entsorger bestimmte für sie lukrative Wertstoffe herauspicken dürfen, würden die Gebühren für die Abfallentsorgung und für die Wertstoffhöfe zwangsläufig steigen. Es muss daher den Kommunen überlassen bleiben, wie sie die Wertstoffe aus Haushaltungen erfassen. Die Kommunen brauchen Sicherheit für Planung und Investitionen, um auf diese Weise stabile sozialverträgliche Gebühren zu garantieren.

Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit unterstützt den Landkreis Straubing-Bogen in dem Bemühen, dass die kommunale Abfallentsorgung in der bisherigen Form gewährleistet bleibt und im laufenden Gesetzgebungsverfahren die kommunale Abfallentsorgung nicht angetastet wird.

Straubing, den 27.01.2012

Dr. Marcel Huber MdL

Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit

Alfred Reisinger

Landrat Straubing-Bogen